

Verlag: Ullstein; Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3680—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellsig.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Meisch, Berlin. Anzeigen-Preis: vom 1. bis 31. Pfennig. Familien-Anzeigen: vom 1. bis 20. Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 391 - B 193

DONNERSTAG, 20. AUGUST 1931

ABEND-AUSGABE · V

## Koalitionsgerede

Konzentration oder Neutralisierung?

Insgesamt der Parlamentarität dieser Monate bringt der nächste Herbst das in parlamentarisch regierten Jahren in der Tat übliche „Koalitionsgerede“. Desmal geht es von dem parlamentarisch feindlichen extremen Flügel zur Rechten aus. Die Nationalsozialisten selbst haben einen Verfassungsausschuss freigegeben und die politischen Mandatsträger, die sonst in den jetzt verordneten Wandlungen des Reichstags ihre Erfahrungen und Meinungen austauschen, beobachten nun, was der Ballon in den letzten Wochen treibt. Denn um gewisse Punkte eines zunächst rein theoretischen Gedankenspiels handelt es sich dabei ganz sicher. Aber es ist reizvoll zu überlegen, was diesen Geplante, dem die praktische Auswirkung zunächst verjagt bleiben muß, zugrunde liegt.

Die „Pressefrage der Reichsleitung der N.S.D.A.P.“ hat den Verfassungsausschuss aufstellen lassen in Gestalt eines „Kartells“, der mit der alten Zentrumsdemokratie, „Mäßigkeit und Klarheit“ überdies ist. Die „Nitter-Partei“ wendet sich in ihm an das Zentrum. Sie singiert den „etwa“ möglichen Fall, die Regierung Brüning könnte vollständig geteilt sein, nach dem Scheitern des Boltsenitzsch, „Stiller, goldene Brücken“ zu bauen zum Eintritt in ein Konzentrations-KabINETT. Sie singiert diesen Fall, um ihn mit dem ganzen Stolz, der bei solchen Gelegenheiten so gut beliebt, abzuweisen zu können: Was Konzentrationskabinetts, auf das wir seinen unsere Güter entsprechenden Einfluß haben? Die Voraussetzungen, die wir an eine Regierungsbildung knüpfen, sind bestimmt. Wie haben Zeit, zum mindesten so lange wie das Zentrum und jene Rängler. So ist die Sprache des „Nitter-Moniteurs“.

Was bedeutet das nun? Es ist ja nicht die geringste Rede davon, daß die Parteien-Grundlage der Reichsregierung auf den Nationalsozialisten hin ausgemerzt werden sollte. Wohl hat Ochsenschnur Yugenberg seinen Belohn beim Reichspräsidenten gemacht. Aber hier? Was ihm sprach lieblich. Es scheint, daß man im Braunen Palais sich etwas vornehmlich fühlt. Man will sich in Erinnerung bringen. Aber wohl weniger dem Zentrum — das hat denn auch dieser merkwürdig verpackten Anberedung eine glatte Antwort juteil werden lassen — sondern eher dem Volk-Strom in der „nationalen“ Opposition, dem deutsch-nationalen Parteiführer Yugenberg, der Freispruch des Boltsenitzschs hat den Yugenberg-Stiller-Wort ziemlich aufgeweckt, und die finanzwirtschaftlichen Vorgänge der letzten Wochen werden ihren Eindruck auf den Chef des Yugenberg-Kongressen nicht verfehlt haben. Wenn Yugenberg sich von der sturen Ablehnung jeder verantwortungsvollen Mitarbeit, und sei sie auch in der Form der Opposition geleistet, abwendet, so ist das für Stiller ein Schlag. Offenbar wollte er Yugenberg zu verweisen geben, daß auch er Koalitionen „reiß“ werden können. Das Ergebnis ist allerdings sehr negativ ausgefallen. „Unruhe“ zur Koalition ist ihm von allen befehdigt worden.

Die Konzentration der Kräfte bleibt angelehnt der Verfassungen, die der Wähler zu bringen droht, die innenpolitische Aufgabe. Ob diese Konzentration in der Form einer Koalitionserweiterung oder einer Abschwächung zwischen Mittelparteien oder einer Stillhaltevereinbarung, oder in sonst einer Gestalt erzielt werden soll, darf zunächst dahingestellt bleiben. Die Erkenntnis, daß etwas in dieser Richtung geschehen muß, breitet sich jedenfalls aus. Selbst in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird jetzt mit begründeter Offenheit ausgesprochen, daß die gesamte innenpolitische Entscheidung der letzten zwölf Jahre hauptsächlich ist von dem einen einzigen Streben der Rechten, die durch die Staatsanpassung aus der Macht geworfen wurde, wieder Macht wieder in die Hand zu bekommen, und das sehr weit rechts stehende Blatt gibt unumwunden zu, daß „die Ereignisse von Rapp-Bautsch des Jahres 1919 bis zum Boltsenitzsch 1931 beweisen haben, daß dieser Wunschraum nicht so leicht zu verwirklichen ist“. Das Wort entspricht, den Kampf, der allerdings unvollständig ist und einem neuen Kampf werden mußte, zu verzeichnen. Es empfiehlt, mit einem aus der Sprache der Selbstverweigerung übernommen Ausdruck, ihn zu „neutralisieren“. Das ist etwas blöser und schwächer als das, was der Volkspartei Dr. Mittelmann in der „Wirtschaftlichen Zeitung“ gefordert hat: Zusammenfassung der Kräfte zu einheitlicher politischer Willensbildung. Die Neutralisierung muß dafür eine Voraussetzung sein. Endgültig bleibt die Konzentration.

C. M.

## Paris diskutiert die Revision

Die ersten Kommentare zum Layton-Bericht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 20. AUGUST

Die Pariser Presse, die meist auf den Layton-Bericht mit fast völliger Gleichgültigkeit reagierte, nimmt heute wie auf ein Kommando zu ihm Stellung.

Die konservative „Matin Francaise“ ist das einzige Blatt, das dem Bericht gegen die Reparationen, den der Bericht enthält, offen eingeleitet. „Die Sprache der Pariser Sachverständigen ist zwar sehr unflüchtig und sehr dunkel“, schreibt das Blatt, „aber wenn sie erklären, daß internationale Vertrauen so lange nicht existiert, als ein Land dem anderen Tribut zahlen muß, so weiß man, was das heißen soll. Man will die Vernichtung des Young-Planes, man will sogar, daß Frankreich freiwillig darauf verzichtet.“ — „Als vor kaum einem Jahr“, heißt das Blatt fort, „Layton und Stumm die Pläne für den Young-Plan vor dem Parlament vorlegten, erklärten sie, Deutschland habe alles Interesse, diesen Plan durchzuführen, denn fast verrierte es seinen Kredit. Heute dagegen erklären die angesehensten internationalen Finanzgrößen, daß Deutschland gerade im Interesse seines Krediten von allen Reparationen befreit werden müsse.“

Die große Informationspresse eröffnet die Debatte über die Revision des Young-Planes hier zögernd und nur auf allen möglichen Umwegen. So läßt sich das „Journal“ aus Paris berichten, daß alle Welt in Deutschland auf allen Eufen der diplomatischen Hierarchie und der höchsten Zellen der Reichsregierung, daß nach dem Layton-Bericht die Reparationen endgültig tot sind und nicht wieder auferstehen können.

Deutschland wird allerdings selbst nicht unternehmen, melde das „Journal“ weiter, um die Revision profitlich in die Wege zu leiten. „Alles läßt darauf schließen, denn man behauptet schon, daß eine englisch-amerikanische Initiative in kurzer Zeit erfolgen werde, daß Deutschland sich darauf beschränken zu müssen: 1. eine Verlängerung der Stillhaltefrist, 2. eine Verlängerung des Hoover-Freizeuges, 3. eine langfristige Anleihe.“

Das „Echo de Paris“ läßt sich dazu aus London melden, was es so in die Welt, so schnell als möglich die Einladungen für eine neuen internationalen Schuldenkonferenz zu erklären. Man behauptet sogar in der Londoner City, daß auf dieser Konferenz auch das Problem einer allgemeinen Weltfinanzreform diskutiert werden soll. „Es wäre eine tiefe Ungerechtigkeit“, erklärt der „Economist“, „wenn man wegen der Zeitströmung und

fehler, die in ihm befangen worden sind, die Reparationspflichten gegen die Deutschen Schuldenscheine auslösen könnte.“

Wenn man die riesigen deutschen Armeen, die durch die industrielle „Revision“ der Rechte der Deutschen werden, von allen Pöbeln befreit, begünstigt man Deutschlands Industrie alljährlich, fährt das Blatt fort, um ja bereits jetzt Deutschlands Finanzhegemonie über seine ehemaligen Gläubiger vor, denn nach einer Revision der Reparationen würden schließlich die ins Ausland geflüchten deutschen Kapitalisten sofort wieder zurückkehren. Wenn die englische und amerikanische Regierung zum Schluß eine Revision der Reparationen wünschen könnten, so müsse man gleichzeitig verstehen, daß Frankreich sein Recht an dem „größeren Überfluß“ der ungeschätzten Young-Zahlungen festhalten müsse.

„Biel entgegenkommender, doch genau so vorichtig verhalten sich die Einseitigkeit. Die radikale „Republique“ richtet, ohne das Wort „Revision“ auszusprechen, die Frage an Layton: Wird der französische Ministerpräsident auf seiner Reise nach Berlin immer wieder nur erklären: das Problem darf nicht gestellt werden? In welcher Falle würde wieder einmal die Gelegenheit zur Annäherung und Ausöhnung ungenutzt verlaufen? Die Gleichgültigkeit muß bezeugt werden, um das Streben der Reparationen, der internationalen Politik, der europäischen Solidarität, der menschlichen und politischen Einigung und der Weltfriede endgültig zu lösen.“

Herriot erklärt in der „Ere Nouvelle“, es wäre besser, wenn Deutschland und Frankreich „auf gewisse Rechte verzichten“, d. h., wenn Deutschland seine neuen „Bankerzettel“ mehr bauen und Frankreich es erhalte, die „Bankerzettel“ mit noch größeren Schritten übertrumpfen zu wollen. „Wir können denn das Gede, das wir in Kanonen und Bombenplanen verbrannt hätten, für die Vindication der Volksee beugen“, meint Herriot.

Von Blum endlich betont im „Populaire“, daß nicht der Friedensvertrag, sondern der Krieg die Ursache der angeblichen Krise sei. „Möchten wir an“, schreibt er, „daß die Beiträge so vollständig und radikal wie nur möglich vorverleihen sein, nehmen wir an, daß die Frage des Danziger Vertriebs und Oberschlesens gelöst und daß alle Länder deutscher Sprache mit dem Reich verbunden sein, die deutsche Wirtschaft würde durch die neue Umfassung ebenenmäßig aus der Welt gehoben, wie die englische Wirtschaftsfaktoren. Trotzdem tritt von Blum für die Revision ein, aber nur, um „der schicksalhaften Gefahr eine Waffe aus der Hand zu nehmen und gegen sie selbst zu verwenden“.

## Personenwechsel oder Regimewechsel?

Ungewißheit über Ungarns künftige Politik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUDAPEST, 20. AUGUST

Eine Sitzung der ungarischen Regierungsräte, die durch den überraschenden Eintritt Graf Bethlens und die Übernehmung der Kabinettsbildung durch Graf Karolyi geschaffen ist, kann im Laufe des heutigen Tages kaum erwartet werden, da heute in Ungarn St. Stephens-Tag ist, und überall offizielle und kirchliche Feiern stattfinden. Die Verhandlungen über die Rabinettfrage können daher erst nachmittags wieder aufgenommen werden.

Ueber die Bedeutung des Regierungswechsels, besonders dessen außenpolitische Seite, ob nämlich der bisherige totalitaristische Kurs mit einem französisch-freundlichen vertauscht werden soll, herrscht noch Ungewißheit. Die der Regierung nahegehenden Blätter veröffentlichen, daß überhaupt keine Änderung des bisherigen innen- und außenpolitischen Status beabsichtigt sei, da in Graf Bethlen, wenn auch nicht als Ministerpräsident, doch weiterhin als aktiver Politiker gesehen werde. Der Wechsel in der Präsidentschaft habe nur die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen möglichen zur Ursache, da neue Männer dem Opfermangel der Nation mehr zumuten könnten als die Vertreter des bisherigen Regimes. Die neue Regierung, das fordern alle die Blätter, müßte vor allem wirtschaftlichen Charakter tragen.

Nur das einzige Legitimistenblatt „Magyarország“ bezeichnet unkontrollierbare Gerüchte über meißelnde französische Forderungen an Ungarn.

Die finanzielle Seite Frankreichs soll an Schwere, das Streben der ungarischen Regierung bezüglich der Revision gestützt sein. Sogar die Zusammenfassung des Kabinetts soll befristet werden sein. Zu dem noch nicht veröffentlichten Antriebsvertrag, der eine eigenartige Verzinsung vorstellt, soll eine Klausel enthalten sein, wonach sich die ungarische Regierung verpflichtet, während der laufenden Friedens-ökonomisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen auf Grund des Weisheitsbildungsprozesses der Wirtschaftspolitik in Ungarn Industrie zu fördern, die die ungarische Industrie und die industriellen Betriebe nicht treffen würden. Es ist u. a. auch davon die Rede, daß ein französischer Arbeitsgruppe die ungarischen Staatsbahnen und deren industrielle Betriebe in Pacht nehmen würde. In Verbindung damit solle ein französischer Kommissar in Ungarn gleichsam die Rolle eines obersten Finanzkontrolleurs spielen. Der „Magyarország“ nennt die Erfüllung aller dieser Bedingungen das Ende aller politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ungarns und prophezeit, daß niemand ein ungarisches Parlament, selbst wenn eine Regierung auf ein solches Verlangen eingewilligt würde, diese Forderungen unterzeichnen wird.

Gestern spät abend hat Graf Bethlen einem Korrespondenten-Berichter eine offizielle Erklärung abgegeben, die aber auch recht wenig aufschlußreich ist. Es heißt darin, daß die Durchführung des von der vorigen Regierung eingeleiteten Sanierungsprogramms durch eine neue Regierung um so notwendiger sei, als